Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 5

Artikel: Bürgerlich-kapitalistische Propaganda im Abstimmungskampf
Autor: Schmid, Arthur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328421

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

kann überschritten werden und sie wird überschritten werden. Aber solange sie existiert, hat sie ihre Gesetze . . . Diese Gesetze können verschwinden und sie werden verschwinden, sobald sich tatsächlich der Wechsel der Gesellschaft vollzieht. Aber sie weichen nicht der willkürlichen Anregung, die eine Verbesserung fordert, eine Reform verkündet oder einen Plan entwirft."

Bürgerlich-kapitalistische Propaganda im Abstimmungskampf.

(Eine Betrachtung zum 3. Dezember 1922.)

Von Dr. Arthur Schmid.

Mit einer so großen Mehrheit ist noch keine Initiative abgelehnt worden, wie dies bei der Vermögensabgabe-Initiative der Fall war. Noch nie haben sich an einer Volksabstimmung so viele Bürger beteiligt, wie bei der Abstimmung vom 3. Dezember 1922. Mit einem solchen Kräfteaufwand hat der Kapitalismus vor einer Abstimmung noch nie „gearbeitet", wie er es diesmal tat. Dazu kommt, daß die Propaganda der Gegner der Vermögensabgabe eine systematische und wohlorganisierte war. Kein Mittel wurde verschmäht, sofern es einigermaßen „geeignet" war, dem Zwecke der Verwerfung zu dienen.

Gerade weil die gegnerische Aktion eine so umfassende war; gerade weil der Kapitalismus bei dieser Aktion zeigte, wie sehr er gewillt ist, alle Kräfte zu mobilisieren, wenn er sich in irgendeinem seiner Vorrechte bedroht fühlt; gerade deshalb ist es notwendig, die Aktion des Bürgertums gegen die Initiative einer näheren Betrachtung zu unterwerfen. Dabei wird es gut sein, wenn man sich zuerst vor Augen führt, was die Befürworter der Vermögensabgabe getan haben, um ihrem Volksbegehren eine möglichst große Stimmenzahl zu sichern, um es im Abstimmungskampfe gegenüber den gegnerischen Angriffen zu verteidigen.

Der Vorschlag einer Vermögensabgabe-Initiative wurde in einer Zeit gemacht, wo die Krise sich noch nicht stark bemerkbar machte und wo noch immer erhebliche Nachkriegsgewinne erzielt wurden. Die Unterschriften wurden im Jahre 1921 gesammelt. Dabei war die Unterschriftensammlung aufgebaut auf einer rein persönlichen Aufklärung durch die Unterschriftensammler. Aufklärende Artikel wurden in der Presse wenige geschrieben. Versammlungen mit Referaten fanden überhaupt nicht statt. Bei dieser Unterschriftensammlung ging man in der Regel auf die nähere Formulierung der Initiative nicht weiter ein. Das Leitmotiv der persönlichen Propaganda war der Gedanke, daß die Reichen etwas von ihrem Ueberfluß zugunsten des Volkswohles abgeben sollten. Diese Art persönlicher Aufklärung mochte für die Sammlung der Unterschriften genügen. Keineswegs konnte sie aber genügen, um eine Abstimmungskampagne vorzubereiten, die den vollen Widerstand der kapitalistischen Klassen voraussehen

ließ. Wer das Problem der Vermögensabgabe auch nur einigermaßen begriffen hatte, mußte sich darüber im klaren sein, daß die bürgerlichen Parteien als die Hüter der kapitalistischen Interessen mit voller Wucht gegen die Initiative anstürmen werden. Um den Abstimmungskampf richtig vorzubereiten, hätte bereits bei der Unterschriftensammlung eine Agitation einsetzen müssen, welche breite Schichten des Volkes aufgeklärt und für die Initiative aufgerüttelt hätte. Das war nicht der Fall. Die Unterschriften wurden im Gegenteil in aller Stille gesammelt. Im Herbst 1921 wurden sie der Bundeskanzlei eingereicht. Während eines Jahres sprach man nicht weiter von dem Gedanken, den die Initiative vertrat. Ueberall wurden die Genossen durch die Tagespolitik in Anspruch genommen. Im Herbst 1922 wurde die Initiative von den eidgenössischen Räten behandelt. Das Bürgertum hatte seine Reden schon im Parlament auf die Abstimmungskampagne eingestellt. Vor dem parlamentarischen Forum konnte die Sozialdemokratische Partei, infolge vorzeitigen Redeschlusses (der durch das famose Geschäftsreglement von einer bürgerlichen Majorität jederzeit mit einer einfachen Stimmenmehrheit beschlossen werden kann), auf die gegnerischen Einwendungen nicht mehr antworten.

Große Abstimmungs- und Wahlbewegungen (die Unterschriftensammlung gegen die Arbeitszeitverlängerung, die Abstimmung über die Lex Häberlin, die Nationalratswahlen, kantonale Abstimmungen) hielten die politisch organisierte Arbeiterschaft während des ganzen Herbstes 1922 in Atem, und verlangten vom einzelnen, innert einer kurzen Spanne Zeit, ein noch nie gefordertes Maß von politischer Arbeit. So wurde die Vorbereitung der Abstimmungskampagne für die Vermögensabgabe hinausgeschoben. Eine gewisse Ermüdung machte sich bei einzelnen geltend. Die Tatsache, daß sämtliche bürgerliche Parteien geschlossen gegen die Initiative Stellung genommen hatten, die Tatsache, daß die Abstimmung in eine Zeit der Krisis fiel, die einer Verwerfung immer günstiger ist, als eine Zeit der wirtschaftlichen Konjunktur, ergaben zum voraus die Gewißheit, daß die Initiative verworfen würde. Sobald aber eine Bewegung zum voraus, als in ihrem Abstimmungsergebnis, aussichtslos erscheint, so ist bei vielen die Freude für die in der Abstimmung zu leistende Arbeit nicht da. Dies trifft besonders zu in einer Zeit, wo sich die Ereignisse rasch folgen, wo man ungeduldig nach positiven Abstimmungsresultaten verlangt und wo man nicht gewohnt ist, auf lange Fristen hinaus Vorarbeiten zu leisten. Naturgemäß sind die Mittel, welche man für eine solche Abstimmungskampagne zur Verfügung stellt, gering. Man muß in der Arbeiterbewegung sowieso mit den Mitteln sparen, und in einer Zeit, wo viele politische Aktionen fällig sind, gibt man lieber etwas mehr aus für Abstimmungen, die einen positiven Abstimmungserfolg versprechen.

Alle diese Momente mußten auf das Abstimmungsergebnis einen ungünstigen Einfluß ausüben. Dazu kam noch, daß die Initiative eine ganze Reihe von Detailvorschriften enthielt, die neue Angriffsflächen

boten. Trotz dieser Ausführlichkeit konnten nicht alle Punkte eingehend geordnet werden, so daß in dieser Hinsicht die Initiative für die Propaganda (so paradox es klingen mag) zuwenig detaillierte Bestimmungen enthielt. Ein kürzer formulierter Verfassungsartikel hätte jedenfalls eine weniger große Angriffsfläche geboten.

Zweifellos haben alle diese Umstände das Abstimmungsergebnis ungünstig beeinflußt. Allein es wäre vollständig verfehlt, wenn man aus ihnen heraus das Resultat vom 3. Dezember allein erklären wollte. Maßgebend für dieses Resultat ist die Propaganda der Gegner gewesen, maßgebend sind gewesen die Mittel, welche dieser Propaganda zur Verfügung standen und die Art und Weise, wie der Abstimmungskampf von den Gegnern geführt wurde.

Was für die Finanzierung des Abstimmungskampfes von gegnerischer Seite an Geldmitteln aufgewendet wurde, können wir leider zahlengemäß nicht feststellen. Der Umfang und die Zahl der Druckschriften, die Errichtung von besonderen Preß- und Propagandabureaus, die Aufwendungen für Flugblätter, Plakate, Postkarten usw. lassen erkennen, daß ungeheure, in die Millionen gehende Summen zur Verwendung kamen. Dabei wurde dieses Propagandamaterial stoßweise und vollständig gratis abgegeben; es wurde zum Teil mit Autos in entlegene Ortschaften hinausgebracht.

Die Propaganda der bürgerlichen Parteien nahm einen bis heute nie gesehenen Umfang an. Den Freunden der Initiative standen nur die politischen Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und der Grütlianer zur Verfügung (wobei allerdings ein Teil der Grütlianer ins Lager der Gegner abschwenkte). In den Gewerkschaftsorganen wurde im allgemeinen für die Initiative Stellung genommen. Doch gab es auch Gewerkschaftsblätter, welche keine Artikel für die Initiative brachten, und im Organ der Lithographen, im „Senefelder", wurde ein Artikel zur Verwerfung aufgenommen. Den Gegnern der Initiative stand der ganze bürgerliche Blätterwald zur Verfügung. Die Preßbureaus und andere Propagandastellen überschwemmten die bürgerlichen Redaktionen mit Gratisartikeln gegen die Initiative. Schriftsteller, wie Zahn, stellten sich in den Dienst der Abstimmungspropaganda. Wie man in dieser Kampagne „geistige" Nahrung gegen die Initiative den Redaktionen bürgerlicher Blätter verschaffte, beweist am besten die Tatsache, daß im Trubel der Geschäfte selbst sozialdemokratische Redaktionen solche Leitartikel zugesandt erhielten. Sämtliche bürgerliche Fachorgane, die sich sonst jahraus, jahrein mit Tagespolitik nicht befassen, wurden der Verwerfungspropaganda dienstbar gemacht. Auch kirchlich-konfessionelle Wochenblätter brachten Artikel gegen die Initiative. Als Beispiel sei hier das „fromme" „Berner Sonntagsblatt" zitiert.

Der Inseratenteil aller Blätter wurde mit Inseraten reichlich gespiesen. Daß die Zahl der Flugblätter eine große war, ist verständlich, diese Flugblätter waren zum Teil nur für bestimmte Bevölkerungskategorien berechnet, wie etwa das Flugblatt an die Arbeiter und Angestellten, und einige waren illustriert; mehrere Plakate wurden

ausgegeben, hergestellt von namhaften Künstlern. Broschüren wurden eine ganze Reihe herausgegeben, wir möchten hier nur diejenigen nennen, die uns vor Augen gekommen sind: 1. Die Vermögensabgabe und ihre Folgen für die schweizerische Volks- und Landwirtschaft, von Dr. E. Laur, 12 Seiten stark. 2. Die Vermögensabgabe im Lichte freisinnig-demokratischer Finanzpolitik, herausgegeben von der Zentralleitung der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, 28 Seiten. 3. Die Initiative betreffend Vermögensabgabe eine Landesgefahr! von Dr. Hans Tschumi, Bern, 32 Seiten. 4. Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 3. Dezember über die Initiative betreffend die Vermögensabgabe, von Georg Baumberger, Nationalrat, 23 Seiten. 5. Die einmalige Vermögensabgabe, von Dr. E. Kellenberger, Privatdozent, Bern, 12 Seiten. 6. Die Vermögensabgabe, Separatabdruck aus der „Nationalzeitung", Basel, 8 Seiten. 7. Die Vermögensabgabe, herausgegeben vom schweizerischen Aktionskomitee gegen die Vermögensabgabe-Initiative, 31 Seiten. 8. Die Vermögensabgabe, Leitfaden für Referate in ländlichen Verhältnissen, herausgegeben vom schweizerischen Aktionskomitee gegen die Vermögensabgabe, 22 Seiten. 9. Uhrenarbeiter! Eine schwere Gefahr bedroht unser Vaterland.... Lies und bedenke! 16 Seiten. 10. Die gleiche Broschüre mit dem Titel „Bürger!". 11. Schweizervolk, paß auf! Ein Mahnwort an alle Schweizerbürger zur eidgenössischen Abstimmung über die Vermögensinitiative vom 3. Dezember 1922, von Klaus Schweizer, 16 Seiten. (Dieser Klaus Schweizer soll Georg Baumberger sein.) 12. Rote Hoffnungen, schwarze Ahnungen! Zur Abstimmung vom 2./3. Dezember 1922, 16 Seiten. (Diese Broschüre ist in Zweifarbendruck, rot und schwarz, gedruckt.) Mit der Aufzählung dieser zwölf Broschüren, die zum Teil illustriert sind, können wir keineswegs die Garantie dafür übernehmen, daß wir die gesamte Broschürenliteratur in deutscher Sprache erschöpfend aufgezählt hätten. Zu erwähnen ist, daß die Broschüren zum Teil auch in französischer, italienischer und romanischer Sprache erschienen sind.

Den Referenten standen noch besondere Materialien zur Verfügung. Bopp hat in der „Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung" von der Abrichtung von „Papageien" gesprochen für die Bekämpfung der Initiative und damit die Methode der Ausbildung für Referenten gegen die Vermögensabgabe-Initiative gekennzeichnet. Um die Art, wie diese Referenten ausgerüstet wurden, zu illustrieren, wollen wir das „Merkblatt für Referenten" gegen die Vermögensabgabe-Initiative vollinhaltlich abdrucken. Es lautet:

Merkblatt für Referenten.

Zur Einleitung: Die Initiative als Schicksalsfrage für unser Land.

Zur Initiative selbst:

1. Ihre Bedeutung. Sie stellt ab auf Neid und Unzufriedenheit und ist schon deshalb verwerflich. Durch den Ruin unserer Volkswirtschaft erstrebt sie im Schweizerhaus russische Zustände.

2. Ihr Inhalt. Eingereicht von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Art. 42 bis. Verhandlungen in den Räten. Zweckbestimmung. Erhöhung der Steuerlasten. Abgabequote. Unvernünftige Progression. Die Sozialisierungsbestimmungen (namentlich Ziff. 13). Abstempelung der Wertpapiere (vorläufig nur erwähnungsweise). Bankkontrolle.

3. Vermögensabgabe als letzte Notmaßnahme. Im ganzen Wesen keine Steuer, sondern eine Konfiskation, ein Vermögensraub. Konfiskation der Privatvermögen nur gestattet als letzte Notmaßnahme (Amerika und England, Deutschland, Italien, Oesterreich, Tschechoslowakei und Polen). Schweiz nicht vor dem Staatsbankerott. Unsere Steuermaßnahmen. Insgesamt Verdreifachung der Steuern.

4. Verächterin jeder Steuergerechtigkeit. Erfaßt nur das Vermögen. Auch die größten Einkommen gehen leer aus (Beispiele). Verrückte Progression. Unsinn eines einzigen Stichtages — 31. Dezember 1922 —. Ausführungsgesetz. Kantonale Durchführung. Verhältnismäßig großer Beamtenapparat.

5. Die wirtschaftlichen Folgen. Uebermäßige Belastung unseres Volkskörpers mit Steuern (1156 Millionen jährlich). 6 %ige Verzinsung des geschuldeten Betrages. Nachteil auf unser Geldwesen. Neuer Druck in wirtschaftlich böser Zeit. Verminderung der ordentlichen Steuern. Reduktion der Beamten- und Lehrergehälter. Entzug des unserer Industrie und unsern Gewerben notwendigen Kapitals. Ertötung des Sparsinns (Beispiel: Deutschland).

6. Wirkung auf den Staatshaushalt. Verunmöglichung der Herstellung des finanziellen Gleichgewichts. Bund, Kantone und Gemeinden zusammen $5\frac{1}{2}$ Milliarden Schulden. Schuldentilgung erste Pflicht. Welche sozialen Aufgaben sollen gelöst werden? Keine Antwort durch die Initiative. Die Vermögensabgabe würde wahrscheinlich im Schlund der Arbeitslosigkeit und im Beamtenapparat verschwinden. Manche Gemeinden und sogar schon Kantone finanziell restlos erschöpft. Weitere Lasten unmöglich. Bedrohung der Selbständigkeit der Kantone.

7. Die politische Absicht der Initiative. Motion Goetschel. Ablehnung durch die Sozialdemokraten. An ihrem Platze Kriegssteuer. Die Bedrohung der kleinen Leute durch die Erfassung der Korporationsgüter. Unsere Burger- und Allmendgüter usw. — Erdrosselung des Mittelstandes durch übermäßige Belastung — Staatsgefahr. Besonderer Hinweis auf Ziff. 13. Ueberleitung der privaten Produktionsmittel an den Staat. Damit Todesstoß für die Privatwirtschaft. Goldscheid. Seine Theorie. Wesenskern der Initiative. Staatsumwälzung.

8. Der schlimme Einfluß auf den Geldmarkt. Zerstörung des Vertrauens in die Banken. Deren Kontrolle durch die Steuerorgane. Geldabfluß. Erscheinungen von heute. Verminderte Geldflüssigkeit, damit schwere Geldbeschaffung und Erhöhung von Kassenzinsen. Als Folgen Lähmung des Wirtschaftslebens.

Abstempelung. Internationale Verwicklungen, Rechtsstreitigkeiten, Gefahr für die Inhaber kleiner Titel und Sparbüchlein, Steuerplackereien. Kopflose Schnell-Mache der Initiative. Schrittmacherin zum Kommunalstaat.

9. Die moralische Seite. Schmid, Grimm und Platten im Nationalrat. Verletzung des Eigentumsbegriffs. Kantonale Verfassungen. Zerstörung des Rechtsbewußtseins. Verschwinden aller Wohlfahrtsbestrebungen.

10. Schlußfolgerungen. Thesen wörtlich. Schlußappell zur Verwerfung als eine Landesgefahr.

Allein nicht nur Referate, Zeitungsartikel, Inserate, Broschüren und Plakate waren die Mittel, mit denen man die Bevölkerung bearbeitete. Man griff zu neuen Formen der Propaganda. Daß man einen Schweizer Bilderbogen von Luzifer herausgab, daß man Karikaturen zeichnet, daß der „Nebelspalter" sich vollständig in den Dienst der Gegner der Initiative stellte, war zwar neu, aber nicht überraschend. Indessen ging man weiter. Bei einem Fußball-Ländermatch in Bern verteilte man ein als Brief zusammengefaltetes Flugblatt „Der Match Rußland—Schweiz", mit dem man sich speziell an die Fußballspieler wandte und sie zur Verwerfung aufforderte. Auf die Wiedergabe des Textes der verschiedenen hier angeführten Propagandadokumente muß mit Rücksicht auf den beschränkten Raum verzichtet werden. Es würde sich indessen lohnen, eine Broschüre über dieses Dokument zu schreiben. Am „Zibelimärit" in Bern wurden Briefchen verteilt, die auf dem Kuvert die vielsagende Aufschrift „Deine Zukunft" trugen. Im Kuvert selbst war ein in deutscher Schrift geschriebener Brief aus dem Jahre 1925, in welchem die trostlosen Zustände geschildert wurden, die dannzumal existieren würden; und daneben enthielt das Kuvert einen gedruckten Aufruf, der sich an die „Bernerfrau" wandte und sie aufforderte, ihren Mann, ihren Sohn und ihren Bruder zum „Nein"-stimmen zu veranlassen, damit das russische Elend vermieden werde. Am gleichen Tage verteilte man gelbe Zettelchen mit verschiedenen Verslein gegen die Vermögensabgabe-Initiative. Auch in den Zeitungen ging man dazu über, in Briefform Propaganda gegen das Volksbegehren zu machen.

Was man schon vor einigen Jahren im Aargau bei der angestrebten Verstaatlichung der Mobiliarversicherung erlebt hatte, nämlich daß die an der Verwerfung direkt Interessierten die Wähler persönlich bearbeiteten, indem sie diesen Briefe zusandten (die Verstaatlichung der Mobiliarversicherung wurde damals trotz der Fürsprache aller Parteien verworfen), wiederholte sich hier in unendlich vergrößertem Ausmaße. Die Banken, Hypothekarkassen, Ersparniskassen usw. schickten solche verschlossene Briefe an ihre Kunden und an die Sparkassebüchlein-Inhaber. Teilweise wurden diese Briefe auch an andere Personen geschickt, indem man auf dem Lande draußen ganz einfach die Stimmregister zum Zwecke der Versendung dieser Propagandabriefe abschreiben ließ. Die Versicherungsanstalten bedachten Agenten und Versicherte mit solchen Briefen. Die privaten Arbeitgeber schrieben in Maschinenschrift an ihre Arbeiter Briefe, die sie zum Teil eigenhändig unterzeichneten. Die Leute wurden in Betriebsversammlungen oder höchst persönlich im Bureau über die Abstimmung „instruiert". In Basel hat man ein Schreiben an die organisierte Arbeiterschaft ge-

richtet (in Maschinenschrift gedruckt und als Brief frankiert), welches den Anschein erwecken sollte, als ob es von organisierten Arbeitern stamme und sich gegen die Führer richtete. Es ist zweifellos, daß Arbeiter auf diese Fälschung hereinfallen konnten, weil sie den Schwindel in der vergifteten Atmosphäre nicht mehr zu durchschauen vermochten. Daß man an führende Parteigenossen anonyme Schmäh- und Drohbriefe richtete, gehört mit in das Bild der damaligen Situation. Im fernern gab man eine rot gedruckte, in vielen hunderttausend Exemplaren verteilte „Rubelnote" heraus, um mit ihr gegen die Initiative Propaganda zu machen.

Das in wenigen Sätzen die skizzenhafte Darstellung der bürgerlich-kapitalistischen Propaganda im Abstimmungskampfe.

Bei dieser Propaganda gingen die bürgerlichen Gegner der Initiative von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Daß man Angriffe gegen den Sozialismus im allgemeinen richtete, ist nicht weiter verwunderlich. Ebensowenig, daß die Bolschewikihetze wieder auftauchte und im Zusammenhang damit der „Ruin des Vaterlandes". Diese Gedankengänge gehören zum bleibenden Inventar der bürgerlich-kapitalistischen Propaganda.

Das Hauptgewicht in der Propaganda verlegten die Bürgerlichen aber auf die Bearbeitung einzelner Berufs- und Bevölkerungsschichten. Ihr Hauptappell richtete sich an den Egoismus. Dabei war es zum voraus sicher, daß die kapitalistischen und gewerblichen Kreise wie auch der Großteil der Bauern verwerfen würden. Um so intensiver mußte, vom Standpunkt der Gegner aus, die Bearbeitung der übrigen Kreise der Wählerschaft sein.

Man appellierte an den krassesten Egoismus, indem man direkt und indirekt die Steuerhinterziehung als durch die Initiative bedroht erklärte. Und das war tatsächlich auch der Fall. Man wollte mit der Initiative vor allem den großen Steuerdefraudanten auf den Leib rücken. Die Gegner der Initiative hatten frühzeitig erkannt, daß mit den Partien der bundesrätlichen Botschaft, die sich mit der Nivellierung der Vermögen und mit der Feststellung, daß nur 6 ‰ der Bevölkerung von der Initiative betroffen würden, befaßte, beim Volke keine Stimmung zu machen sei. Sie gingen deshalb dazu über, dem Volke einzureden, der kleine Mann sei der Leidtragende bei der Annahme der Initiative. So verwiesen sie darauf, daß das nichtversteuerte Sparheft in Zukunft versteuert werden müßte. Sie nützten die Tatsache, daß man auch in den minderbemittelten Kreisen die Steuern nicht gerne bezahlt, in der Weise aus, daß sie behaupteten, durch die Vermögensabgabe und die Kapitalflucht würden die Steuern nach der Annahme der Initiative steigen. Und versuchten so dem kleinen Steuerzahler zu suggerieren, daß er den Ausfall an Steuern nachher einbringen müßte, indem man die Steuersätze erhöhe. So verwerflich die Begünstigung des Steuerbetruges vom Standpunkte sogenannter staatserhaltender Parteien aus ist, die Hochhaltung der Steuerhinterziehung bildete dennoch einen wesentlichen Teil der Argumentation im Kampfe gegen die Oeffnung des Bankgeheimnisses.

An den Egoismus des Konsumenten wandten sich die Gegner der Initiative, indem sie die Herabsetzung der Rückvergütung als eine Folge der Annahme der Initiative erklärten. Sie, die in ihrer Politik die Preissteigerungen durch die Erhöhung der Zölle immer und immer wieder rechtfertigen, erklärten nun, die Preise würden infolge der Annahme der Initiative steigen. Ebenso traten sie als die Schützlinge der Mieter auf. Eine Ablehnung der Initiative sollte angeblich eine Mietzinssteigerung verhindern. Dem Arbeiter redete man von der Vertiefung der Krise und der Senkung der Löhne. Dem Angehörigen der Bürgergemeinden sprach man von der Verkürzung des Bürgernutzens. Ueberall und in jedem Erwerbszweige versuchte man den Egoismus zu wecken. Ganz gleichgültig, ob die Behauptungen unwahr und erfunden waren, die Hauptsache war, daß der Betreffende durch die Propaganda zur Verwerfung animiert wurde. Während man einerseits mit der behaupteten Vermehrung des Beamtenapparates und der Bureaukratie die Bauern gegen die Initiative mobilisierte, sprach man anderseits von der Herabsetzung der Beamten- und Lehrerbesoldungen, als einer Folge der Annahme der Initiative.

Weil man wußte, daß die Kritik der Mißwirtschaft, die Bund und Kanton oft große Verluste eingetragen und die im Volke draußen große Unzufriedenheit hervorgerufen hat, ein zügiges Argument für jede Negation bildet, verschmähte man es in jenen Kreisen, welche die politische Verantwortung für diese Mißwirtschaft tragen, nicht, daran zu erinnern, daß das durch die Vermögensabgabe fließende Geld auf die gleiche Weise verschleudert werden könnte. Ebenso erinnerte man das Volk daran, wie oft in mißbräuchlicher Weise Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen vom Parlamente und den Verwaltungen „ausgeführt" werden. Man schämte sich also nicht, die eigenen Mißbräuche und Verfehlungen als Mittel gegen die Initiative zu verwenden und jedenfalls tat man dies nicht ohne Erfolg.

Religion, Ethik und Gerechtigkeit wurden in ihr Gegenteil verkehrt. Die kapitalistische Raub- und Ausbeutungspolitik bezeichnete die Initianten als Räuber, trotzdem die Initiative der Volkswohlfahrt dienen wollte, und der Kapitalismus nur auf die Ausbeutung der Mitmenschen und den Raub des Ertrages der Arbeitskraft anderer bedacht ist. Die Religion wurde plötzlich zu einer Verherrlichung des Mammons und die Ethik zu einer Rechtfertigung des Profites. Natürlich paßte man sich auch hier in der Art des Vorgehens dem Denken der Leute an.

Daß man den Föderalismus in Gefahr erklärte und ebenso die Kirche, ist eine alte Kampfmethode in den katholischen Kantonen. Das ganze Elend und all die Not, welche Krieg und Kapitalismus verschuldet haben, sie wurden nun als die Folgen des Sozialismus und der eventuellen Annahme der Initiative geschildert.

Währenddem sich so in der Hauptsache die bürgerlichen Parteien (auch die reaktionärsten) als die Beschützer der Armen und Minderbemittelten aufspielten, indem sie nicht nur die Unkenntnis und die Unwissenheit dieser Wählerkreise ausnützten, sondern mit noch viel größerer Wirksamkeit an die egoistischen Triebe eines jeden einzelnen appellierten, verfolgten sie nichts anderes als eine alte Methode. Jene Methode des Versprechens von etwas, das man nicht hält. Man versprach diemal jedem einzelnen in mehr oder weniger verschleierter Form, daß das und jenes Unangenehme nicht eintrete, wenn er die Initiative ablehne. Diese Methode ist hauptsächlich für jene berechnet, die leichtgläubig sind und sich schwach fühlen. Für sie hat man ein „gutes" Wort und ein Zuckerbrötchen, das man in der Regel zwar auch nur verspricht und nicht gibt. Für die anderen aber, für jene, die nicht leichtgläubig sind und die gewillt sind, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, für sie hat man andere Mittel: die Peitsche und den Unternehmerterror. Auch diese Mittel kamen zur Anwendung, sei es in mehr oder weniger versteckter Form. Es erfolgten direkte Kündigungen oder Mitteilungen, daß man bei Annahme der Initiative die Fabrik schließen müsse. Oder man machte die Sache auch mündlich, wie jener Hotelier, der seinem Koch erklärte, wenn die Initiative am 3. Dezember angenommen wird, dann rentiert es für mich nicht mehr, einen Koch zu halten, ich werde dann genötigt sein, eine Köchin anzustellen. So versuchte man die Leute zu ängstigen und zu erschrecken. So übte man den Abstimmungsterror. Und wo man eine andere Mentalität voraussetzte, da sprach man vom Bürgerkrieg und von der Notwendigkeit des Fascismus. So zeigte sich in der bürgerlichen Demokratie die kapitalistische Diktatur, die sich um die freie Meinung dann einen Teufel kümmert, wenn es die Vorrechte des Kapitalismus zu verteidigen gilt.

Auch die Institutionen dieser bürgerlichen Demokratie wurden während des Abstimmungskampfes mehr oder weniger in den Dienst des Kapitalismus gestellt. Bei wirtschaftlichen Kämpfen werden Militär und Polizei dem Unternehmertum zur Verfügung gestellt. Bei der Abstimmung hat man andere Mittel. Man versucht, die staatliche Autorität auf den Wähler wirken zu lassen. In dieses Kapitel gehören die Aufrufe, welche die Kantonalbanken, als staatliche Anstalten, an die Bevölkerung richteten. Vor allem aber gehört hieher die Beeinflussung durch politische Behörden, die sich in den Abstimmungskampf nicht einzumischen haben. So erließ der Regierungsrat des Kantons Zürich einen Aufruf an die Bevölkerung, in welchem er zur Verwerfung aufforderte. Der Kantonsrat von Schwyz beschloß ebenfalls einen solchen Aufruf. Er wurde im Amtsblatt des Kantons Schwyz vom 1. Dezember publiziert und stellt ein Dokument staatlicher Parteinahme gegen den Sozialismus und für die Parole der Kapitalisten dar, wie es keine Parteiinstanz besser hätte ausarbeiten können. Daß auch Gemeinderäte sich direkt an die Bevölkerung wandten und sie im Sinne

der Verwerfung zu beeinflussen suchten, ist bei dieser Situation nicht zu verwundern. Sie befolgten nur das Beispiel, das ihnen von oben herab gegeben wurde. Der Kuriosität halber möge hier noch angeführt werden, daß ein Nationalrat bäuerlicher Parteizugehörigkeit an seinem Wohnort die Gemeindeversammlung dazu benützte, um ein Referat gegen die Initiative zu halten. An vielen Bürgergemeindeversammlungen wurde es von seiten der Gemeinderäte zugelassen, daß über die Initiative in einseitiger Weise gesprochen wurde. So stellte das Bürgertum „demokratische" Einrichtungen des Staates in den Dienst der kapitalistischen Verwerfungsparole. Daß Bundesrat Musy im Lande herumreiste und gegen die Vermögensabgabe sprach, ist weiter nicht verwunderlich. Das haben andere Bundesräte vor ihm schon getan. Bedenklich dagegen ist, daß man die Zeitungen mit Nachrichten versorgte, in denen man über eventuelle Ausführungsverordnungen sprach, und das alles mit dem durchsichtigen Zweck, die Verwerfungsparole fördern zu helfen. Auch die Schule wurde in den Dienst der Agitation gestellt, teils direkt, teils indirekt. So ist es vorgekommen, daß den Schulkindern Postkarten und anderes Propagandamaterial abgegeben wurde. In einer aargauischen Bürgerschule hat der Lehrer an drei Samstagen nacheinander über die Initiative gesprochen und dabei seine „Weisheit" aus den Broschüren von Tschumi und Baumberger geschöpft. So zeigte sich bei diesem Abstimmungskampfe wieder einmal mehr und mit seltener Deutlichkeit, daß demokratische Formen keine Garantie bieten gegen kapitalistische Uebergriffe.

Aber nicht nur behördliche Organe griffen, um Propaganda gegen die Initiative zu machen, in den Abstimmungskampf ein, sondern das gleiche tat auch die Kirche. So erließ beispielsweise der Kirchenrat des Kantons Waadt einen Aufruf gegen die Vermögensabgabe-Initiative. Und die schweizerischen Bischöfe wandten sich in einem Erlaß an das katholische Volk und forderten es auf, gegen die Initiative zu wirken. Am Sonntag vor der Abstimmung wurde dieser bischöfliche Aufruf in allen Kirchen katholischer Konfession von der Kanzel herab verlesen.

An die Seite dieser staatlichen und konfessionellen Propaganda stellte sich die Propaganda wirtschaftlicher und anderer Vereinigungen und Verbände. Es ist unmöglich, in einem kurzen Artikel die Tätigkeit, die in dieser Beziehung entfaltet wurde, auch nur einigermaßen zu skizzieren. Die Festbesoldeten kämpften hier Seite an Seite mit dem Schweizerischen Bauernverband und dem Gewerbeverein. Vereinigungen von Künstlern wandten sich gegen die Initiative. Gruppen der „Neuen Helvetischen Gesellschaft" im In- und im Auslande erließen Aufrufe gegen die Vermögensabgabe. Daß die Rußlandschweizer bei der Propaganda der Gegner nicht fehlten, verwundert uns weiter nicht, ließ doch selbst die „Neue Zürcher Zeitung" sich von Ausländern Leitartikel schreiben, damit das schweizerische Vaterland am 3. Dezember vor der Vermögensabgabe eher „gerettet" würde.

Die vorstehenden Ausführungen geben nur einen skizzenhaften Ueberblick über die bürgerlich-kapitalistische Propagandaarbeit gegen die Vermögensabgabe-Initiative. Sie zeigen, daß der Kapitalismus alles in seinen Dienst stellt, wenn irgendein Vorrecht der kapitalistischen Gesellschaft angetastet wird. Der Staat, die Kirche, ja auch die Schule werden zugunsten kapitalistischer Interessen mißbraucht. Die Vereine und Vereinigungen der Künstler und der Schriftsteller, der Schweizer im Ausland und der Rußlandschweizer in der Schweiz: sie alle werden mobilisiert, um die Interessen der kapitalistischen Klasse zu verteidigen. Schmeichelei und Terror, Zuckerbrot und Peitsche, das sind die Methoden, mit denen man die minderbemittelte Bevölkerung dem Kapitalismus dienstbar zu machen sucht. Und diese Methoden werden nicht nur im wirtschaftlichen Kampf verwendet, sondern auch im Abstimmungskampf. Wer der Ueberredung und Schmeichelei nicht zugänglich ist, dem wird gedroht mit Entlassung und anderen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen. Daß Lüge und Verleumdung im Abstimmungskampf der Gegner eine große Rolle spielten, sei hier nur erwähnt.

Der bürgerlich-kapitalistische Propagandafeldzug gegen die Vermögensabgabe bietet ein lehrreiches Beispiel für die Propaganda des Kapitalismus überhaupt. Er zeigt, mit welchen Mitteln und mit welchen Methoden gearbeitet wird. Natürlich werden diese Mittel, je mehr sie angewendet werden, je stärker das Ausmaß ihrer Anwendung ist, bei ihrer Wiederholung sich abnützen. Denn auf die gleichen Irreführungen werden je länger, je weniger Wähler hereinfallen. Allein es wäre verfehlt, wenn man sich mit dieser Feststellung begnügen wollte. Wir müssen im Gegenteil aus der Abstimmungskampagne gegen die Vermögensabgabe-Initiative für unsere Propaganda Nutzanwendungen ziehen. Wir müssen uns klar bewußt werden, daß jeder politische Abstimmungskampf, der einen mehr oder weniger starken Angriff auf den Kapitalismus bedeutet, sorgfältig und rechtzeitig vorbereitet werden muß; daß die Aufklärung eine eingehende sein muß, daß sie sich der Mentalität der einzelnen Bevölkerungsschichten anpassen muß, ohne dabei von der Grundsätzlichkeit etwas preiszugeben.

Während und nach dem Kriege sind viele Stimmberechtigte in das Lager der sozialdemokratischen Wählerschaft, teilweise auch in unsere Partei, übergetreten. Unter ihnen befinden sich solche, die mit den Grundsätzen des Sozialismus noch wenig vertraut sind, solche, die vor Ungeduld brennen, reine Erfolgspolitik (im Sinne von vorübergehenden Wahl- und Abstimmungserfolgen) zu betreiben. Diese sind in der Regel für einen Kampf, der im voraus keinen Abstimmungserfolg verspricht, nicht zu gewinnen. Sie werden auch viel leichter das Opfer bürgerlich-kapitalistischer Abstimmungspropaganda. Der Kampf um die Vermögensabgabe hat uns dies gezeigt. Aus dieser Feststellung müssen wir lernen, daß die Vertiefung der Propagandaarbeit, die Vermehrung der Bildungsarbeit dringende Forderungen sind.

Mit Leuten, die schon bei der Vermögensabgabe-Initiative im Abstimmungskampf versagen, kann der Sozialismus nicht verwirklicht werden. Es genügt nicht, daß man gewerkschaftlich und politisch organisiert ist; es ist im Gegenteil notwendig, daß der Sozialismus beim einzelnen, in seiner Weltanschauung verankert ist.

Wenn wir aus den Erfahrungen, die wir während des Abstimmungskampfes über die Vermögensabgabe sammeln konnten, die nötigen Lehren und Nutzanwendungen für kommende Kämpfe ziehen, dann war die Arbeit, die wir vor dem 3. Dezember geleistet haben, nicht umsonst.

Kirche und Kapitalismus.

Von O. Jenssen.

> Die englische Hochkirche z. B. verzeiht eher den Angriff auf 38 von ihren 39 Glaubensartikeln als auf $^1/_{39}$ ihres Geldeinkommens.
>
> Karl Marx.

Es ist das Verdienst des Marxismus, die Religion als eine der wichtigsten Erscheinungen der menschlichen Kultur begriffen zu haben und sie zugleich in den engen Kontakt mit der menschlichen Wirtschaft und in den Fluß der gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen. Die wichtigsten Arbeiten auf religionsgeschichtlichem Gebiet, vor allem die Schriften von Karl Kautsky*), bemühen sich, die mancherlei Fäden zwischen Religion und Wirtschaft, Klasse, allgemeiner sozialer Schichtung und nicht zuletzt zwischen den verschiedenen religiösen Schattierungen und den Klassenkämpfen der betreffenden Zeit aufzudecken. Bei diesen Darstellungen des Urchristentums und der religiösen Kämpfe des Mittelalters und der Reformationszeit erweist es sich klar, daß die Religion den verschiedensten geschichtlichen Aufgaben in der Klassengesellschaft dienen kann. Die Religion und die Kirche kann revolutionär und reaktionär sein, sie kann eine radikale Utopie oder ein reformerisches Kompromiß verkünden. Sie kann von den Volksmassen getragen werden oder eine Waffe in den Händen der aufstrebenden Fürstengewalt sein. Allerdings ist diese Vielseitigkeit nur möglich in einer Gesellschaft, die vom religiösen Bewußtsein in all ihren Klassen beherrscht wird und in der die Kirche eine überragende Stellung als internationale politische Organisation einnimmt.

Es ist nun eine Frage, die nicht nur geschichtliches, sondern außerordentlich politisches Gegenwartsinteresse beansprucht. Wie hat sich unter dem Einfluß des Kapitalismus, besonders in seiner hochindustriellen Stufe, nicht nur die Religion, sondern besonders die

*) Neben der bekannten Schrift „Der Ursprung des Christentums" sei hier besonders auf die zweite Auflage der „Vorläufer des neueren Sozialismus" hingewiesen, die jetzt in 4 Bänden vorliegt. Auch die knappen, aber außerordentlich gehaltvollen Bemerkungen über die katholische Kirche des Mittelalters und den Jesuitismus in der Einleitung zu „Thomas Moore und seine Utopie" kommen hier in Betracht. (Sämtliche Werke bei Dietz, Stuttgart.)